Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 1

Artikel: Das Mittelmeer : ein Binnenmeer der UdSSR?

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076485

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

9. Jahrgang Nr. 1 | Erscheint alle zwei Wochen | Bern, 10. Januar 1968

Das Mittelmeer — ein Binnenmeer der UdSSR?

«Die Anwesenheit der sowjetischen Flotte im Mittelmeer hat die dortigen Kräfteverhältnisse verändert. Die Lage wird sich (zugunsten der UdSSR) weiterhin ändern»

Diese Sätze schrieb zum Jahresende das Zentralorgan der sowjetischen Streitkräfte, die «Krasnaja Swesda». Es besteht nicht der geringste Anlass, die hier getroffene Feststellung oder die hier ausgesprochene Prophezeiung anzuzweifeln. Das Mittelmeer steht der UdSSR heute offen und vielleicht morgen schon zur Verfügung.

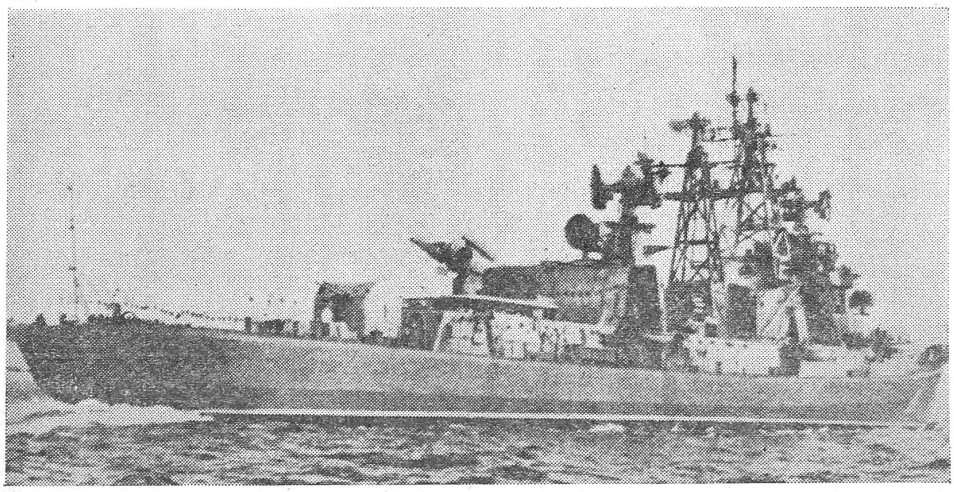
Seit dem Israel-Krieg hat sich die Zahl der sowjetischen Flotteneinheiten im Mittelmeer verdoppelt und beläuft sich heute einschliesslich der Unterseeboote auf mindestens fünfzig. Die Schiffe der Kriegsmarine laufen in der Regel ägyptische und syrische Häfen an, aber auch in Algerien steht der Ausbau eines sowjetischen Flottenstützpunktes bevor. Die andern Länder der afrikanischen Mittelmeerküste sind wohlwollend neutral oder müssen sich wenigstens so verhalten, denn kein Mahgrebstaat kann es sich leisten, die Sowjetunion nicht als freundliche Schutzmacht der Araber anzuerkennen.

Die amerikanische Sechste Flotte weist ihrerseits einen Gesamtbestand von 50 Schiffen, 25 000 Mann Besatzung und 200 Flugzeugen auf. Diese Seemacht wird von den Nato-Verbündeten Grossbritannien, Italien, Griechenland und Türkei unterstützt. Aber angesichts dessen, was die Nato heute ist... Ob es etwa die Türkei wagen könnte, im Falle einer mediterranen Krise die Meerengen zu schliessen, scheint fraglich. (Und wegen der arabischen Marinebasen hätte ein allfälliges Abschnüren der Verbindung zum Schwarzen Meer erst noch lange nicht die gleiche Bedeutung wie früher.) Griechenlands Solidarität ist erstens ungewiss und zweitens unter den gegenwärtigen Bedingungen ohnehin nur eine politische Belastung. Italien steht unter starkem innenpolitischem Druck der Linken, die eine Sperrung Neapels für die Sechste Flotte verlangt. Und Ersatzlösungen (vor sehr, sehr langer Zeit, nämlich zu Beginn des Jahres 1967, hatte man noch von Bizerta gesprochen) sind je länger je weniger in Sicht.

Das Mittelmeer, das bis vor einem Jahr zu einer Mausefalle für eine dort abgeschnittene sowjetische Flotte hätte werden können, ist heute im Begriff, zur Mausefalle für die amerikanische Sechste Flotte zu werden.

Die arabischen Staaten seien auch für die Sowjetunion keineswegs sichere Bündnispartner, sagt man und zitiert Indizien und Anzeichen dazu. Nun ja. Aber vorderhand steht fest, dass die

(Fortsetzung auf Seite 9)



Ein sowjetischer Zerstörer auf dem Weg vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer in den türkischen Meerengen. Dieser Typ wird im Nato-Code als «Kashin» bezeichnet. Er ist speziell zur Sicherung anderer Kriegsschiffe vor Flugzeugen und U-Booten entwickelt worden.

In dieser Nummer

Kybernetik in der UdSSR 2-4
Eine «klassenfeindliche» Wissenschaft entwickelt sich zu einer Stütze der sozialistischen Gesellschaft.

Das «rote Wasser» von Hongkong 5
Reminiszenzen eines Schweizers über den heissen Sommer in der Kronkolonie.

Der neue Plan der UdSSR 9
Erstmals in der Geschichte der Sowjetwirtschaft wächst die Erzeugung von Konsumgütern rascher als die Erzeugung von Produktionsmitteln.

Zweiparteiensystem für Jugoslawien? 10/11
Eine theoretische Debatte setzt politische Schlaglichter.

Also doch!

Diesmal hat es also gestimmt. In der Tschechoslowakei ist Novotny als Parteichef abgelöst worden und behält (wie lange noch?) lediglich das Amt des Staatspräsidenten.

Ein grösseres Revirement ist in Prag im Gange. Man hat weitere Neubesetzungen gemeldet und dementiert. Noch ist das Rätselraten gross. Auch darüber, welche politische Linie mit diesem oder jenem Namen zu verbinden ist.

Aber unbeschadet um die noch ausstehenden Resultate der «Hradschinologie» gibt der Sturz Novotnys doch Anlass, die «Etappenwertung» vorzunehmen, von der wir letzte Nummer gesagt hatten, sie sei zu Beginn des neuen Jahres noch nicht möglich.

Zunächst: Der Ausdruck vom «Sturz» Novotnys ist nach all dem, was in den letzten sieben Monaten in der Tschechoslowakei geschah, politisch gerechtfertigt. Das will nicht heissen, dass er nicht tatsächlich seine Demission selbst eingereicht hat. Und diese technische Frage ist auch nicht sonderlich wichtig. Denn wenn es der Opposition gelungen ist, ihm, der seine Positionen so geschickt zu verteidigen wusste wie der Fuchs seinen Bau, richtiggehend den Verleider anzuhängen, so beweist das ihre Stärke noch besser, als es eine handstreichartige Absetzung im Zentralkomitee hätte tun können.

Denn das ist im Unterschied zu allen vermeintlichen Präzedenzfällen in kommunistischen Ländern festzuhalten: Novotny ist nicht einer Hof-

(Fortsetzung auf Seite 8)

Der neue sowjetische Wirtschaftsplan

Der sowjetische Volkswirtschaftsplan für 1968 ist mit einem Dreijahresplan gekoppelt worden, der den gegenwärtig «geltenden» Fünfjahresplan bis 1970 in etlichen Belangen abändert. Stärker anwachsen als ursprünglich vorgesehen soll die Industrieproduktion im allgemeinen und die Konsumgütererzeugung im besonderen. Diese nimmt 1968 erstmals stärker zu als die «Produktion der Produktionsmittel». Etwas geringer veranschlagt wird die Zunahme der Investitionen.

Der Plan, der (wie seit einigen Jahren üblich) in Form eines Gesetzes veröffentlicht wurde, weist noch einige andere Besonderheiten auf:

- Im Unterschied zu seinen ausführlichen Vorgängern besteht er nur aus fünf Paragraphen, die insgesamt nur eine halbe Zeitungsseite füllen.
- Er enthält nur Prozentangaben, wogegen es an absoluten Zahlen fehlt.

Wie gesagt, wird das Fünfjahresplan-Gesetz, welches auf Grund der Parteidirektiven vom 23. KPdSU-Kongress (März 1966) erlassen worden war, in wesentlichen Teilen abgeändert. Der neue Gesetzestext selbst nimmt übrigens weder auf diese Aenderungen noch überhaupt auf den Fünfjahresplan oder die Parteidirektiven bezug. Die Neuerungen sind lediglich aus dem Referat zum Gesetzesentwurf und die «Debatte» im Obersten Sowjet ersichtlich, doch fehlen auch dort genaue Hinweise, und auf eine vollständige Aufzählung der Aenderungen wurde vollends verzichtet. Zur Sprache kamen jedenfalls fast ausschliesslich die Abweichungen, die positiver Natur sind, das heisst, auf eine raschere als vorgesehene Entwicklung schliessen lassen.

Realeinkommen und Löhne

So soll der Lebensstandard rascher erhöht werden. Das durchschnittliche Realeinkommen der Bevölkerung ist schon in den letzten zwei Jahren mit 5,9 Prozent schneller gestiegen, als die Direktiven angegeben hatten (5,3 Prozent). Dieser Trend soll weiter anhalten.

Als Referent vor dem Obersten Sowjet gab der Präsident des Staatlichen Planungskomitees, N. K. Bajbakow, weitere Zahlen bekannt:

Der durchschnittliche Monatslohn der Arbeiter und Angestellten wird sich 1968 auf 108,6 Rubel (ein Rubel hat die Kaufkraft von zwei bis drei Schweizer Franken) und 1970 auf 115,2 Rubel belaufen. Die Parteidirektiven hatten bis dahin 114,7 Rubel vorgesehen. Die Geld- und Naturaleinnahmen der Kolchosbauern sollen, diesmal entsprechend den Bestimmungen des Fünfjahresplanes, 1970 um 38 Prozent höher liegen als 1966. Planmässig werde auch die Erhöhung des Nationaleinkommens (39 Prozent innert fünf Jahren) erfolgen.

Vor dem Obersten Sowjet wurde nur auf eine negative Korrektur des Fünfjahresplanes hingewiesen: Der gesamte Umfang der Kapitalinvestitionen werde um zwei Prozent kleiner sein als veranschlagt. Die Reduktion ist auf die starke Herabsetzung der zentralisierten Finanzierungsquellen zurückzuführen, wogegen die nichtzentralisierten Finanzierungsquellen verstärkt erschlossen werden (60 Prozent mehr als in der Periode 1961 bis 1965).

Konsumgüter und Produktionsmittel

Die bemerkenswerteste Angabe aber betrifft die Industrieproduktion. Das Jahr 1968 stellt nämlich einen Präzedenzfall in der Sowjetwirtschaft dar. Erstmals ist vorgesehen, die Konsumgüterproduktion («Gruppe B») mit 8,6 Prozent stärker ansteigen zu lassen als die Erzeugung von Produktionsmitteln («Gruppe A») mit 7,9 Prozent.

Auf das gesamte Jahrfünft bezogen, bleibt freilich der Vorsprung der Gruppe A (Anstieg 55 Prozent) auf die Gruppe B (Anstieg 49 Prozent) noch gewahrt, was auf das Schwergewicht der beiden ersten Jahre zurückzuführen ist. Insgesamt soll die Industrieproduktion zwischen 1966 und 1970 um 53 Prozent zunehmen statt um 47 bis 50 Prozent, wie es die Direktiven vorgesehen hatten.

Das neue Verhältnis der Wachstumsraten zwischen den Gruppen «A» und «B» bedeutet eine Abkehr vom bisher stets bejahten Dogma des Vorrangs der Schwerindustrie, das sich noch durch die gesamte «Chruschtschewschtina» erhalten hatte. Nach Darstellung von Bajbakow vor dem Obersten Sowjet hängt sie unter anderm damit zusammen, dass die Kaufkraft der Bevölkerung gestiegen ist und durch ein vermehrtes Warenangebot gebunden werden soll. Anderseits hängt diese Erscheinung möglicherweise auch mit gewissen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusammen. Die übergewichtige Förderung der Schwerindustrie brachte Defizite mit sich, die der Staat unter anderm dadurch ausgleichen kann, dass er verstärkte Konsumgüterproduktion anstrebt.

Eine parallele Tendenz zeigt sich auf dem Sektor der bis vor kurzem vernachlässigten Dienstleistungen für die Bevölkerung. Auch in dieser Beziehung ist das nunmehrige Aufholtempo verblüffend. Allein während der ersten zwei Jahre (1966/67) des laufenden Fünfjahresplanes sind diese Leistungen um nahezu 40 Prozent gestiegen.

13 000 km Autobahnen für 1968

Am illustrativsten zeigt sich die neue Mentalität gegenüber den Konsumgütern in der Produktion von Personenautomobilen. Noch Chruschtschew hatte den allgemeinen Privatbesitz an Automobilen als unsozialistisch abgelehnt und den sozialistischen Weg im Ausbau von Leihwagen- und Taxiwesen gesehen. Von solchen Ansichten ist man abgekommen. Die staatlichen Kapitalinvestitionen zur Förderung der Autoindustrie werden 1968 um 70 Prozent erweitert und in der gesamten Fünfjahresperiode sogar verdreifacht. Bis 1970 soll (in Uebereinstimmung mit den Parteidirektiven) die Autoproduktion auf 1,3 Millionen Stück steigen.

Mit diesem Produktionszweig hängt auch das Bauprogramm für Autobahnen zusammen. In diesem Jahr sollen 13 000 km Autobahnen gebaut werden und in der gesamten Fünfjahresperiode 67 000 km (gegenüber 63 000 km laut Parteidirektiven).

Ist das Prinzip der Mehrjahrespläne veraltet?

Die Korrektur der laufenden Planperiode durch den neuen Fünfjahresplan stellt erneut die Frage nach den Grenzen der Planwirtschaft unter modernen Produktionsverhältnissen.

Es muss daran erinnert werden, dass seinerzeit schon der Plan für 1956 bis 1960 mitten in seiner «Verwirklichung» als unzulänglich erkannt worden war. Deshalb hatte der 21. Parteikongress vom Februar 1959 auch den Siebenjahresplan eingeführt, welcher die letzten zwei Jahre des gescheiterten Fünfjahresplanes und den kommenden Fünfjahresplan hätte umfassen sollen. Indessen scheiterte auch dieser Plan, und heute spricht man nur noch vom Fünfjahresplan 1961 bis 1965 (der als solcher gar nie eingeführt wurde), als ob es überhaupt keinen Siebenjahresplan gegeben hätte. Und nun ist also auch der Fünfjahresplan 1966 bis 1970 schon nach zwei Jahren abgeändert worden.

Nun ist kaum daran zu zweifeln, dass die diesjährigen Planänderungen mit der Durchführung der Wirtschaftsreform zusammenhängen. Das ist an sich keine Schande, und wenn es heute kaum möglich scheint, einen ganz genauen Plan für die weitere Entwicklung aufzustellen, könnte das eigentlich für die Dynamik der neuen Wirtschaftsentwicklung sprechen, selbst wenn dabei Unberechenbarkeiten in Kauf zu nehmen wären. Um so seltsamer wirkt demgegenüber das Verhalten der führenden Partei- und Staatsgremien, welche in ihrer Darstellung das Prinzip der detailliert verbindlichen Mehrjahrespläne noch immer wie ein Tabu behandeln, obwohl sie durch ihre laufenden Eingriffe in der Praxis selbst beweisen, wie überholt die Grundsätze einer starr aufgefassten absoluten Planwirtschaft geworden sind.

Hatten die bisherigen Erfahrungen schon die Zweckmässigkeit einer totalen Planung als zweifelhaft erscheinen lassen, so stellt das neue Gesetz direkt die Möglichkeit einer solchen Planung in Frage.

J. Sz.

Das Mittelmeer

(Fortsetzung von Seite 1)

materiellen Möglichkeiten der UdSSR, die Bündnispartner bei Stange zu halten, mit jedem Tag steigen und nicht sinken. Und wo läge übrigens die Alternative? Und sowohl die Sowjets als auch die Araber seien im Begriff, aus dem israelischen Krieg die Lehren zu ziehen. Ja. Militärpolitisch etwa durch eine beschleunigte Aufrüstung, die von der Sowjetunion diesmal bis ins Detail der militärischen Ausbildung und Befehlsgebung geleitet wird.

Nun mag es sein, dass sich bei Gelegenheit für Moskau die Nachteile solcher Investitionen manifestieren werden. Aber bedeutend näher liegen die Gelegenheiten zu weiteren Vorteilen.

Der Nahostkrieg hat viel zur Folge gehabt und kann noch viel zur Folge haben. Aber ein politisches Ergebnis von vorrangiger Wichtigkeit steht fest: Die Sowjetunion hat ihr potentielles Interventionsgebiet um ganze Staatengruppen erweitert und ist im Begriff, die «lex sovietica» im Mittelmeer einzuführen.